

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2004) : Deutschlandprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 11, Iss. 4, pp. 14-22

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169729>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschlandprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik¹

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus²

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. In den USA ist es zu einem selbst tragenden Konjunkturaufschwung gekommen. Die monetären Rahmenbedingungen waren bis zuletzt expansiv. Zudem gingen von der Finanzpolitik anhaltend kräftige Impulse aus. In Japan hat sich die Erholung der Wirtschaft fortgesetzt. Zur konjunkturellen Dynamik trugen zum einen die Exporte insbesondere in die asiatischen Schwellenländer bei, zum anderen die Binnennachfrage und hier insbesondere die privaten Investitionen und der Konsum. Auch in der europäischen Währungsunion (EWU) ist die Konjunktur inzwischen in Gang gekommen. Haupttriebfeder war die Auslandsnachfrage, die sich im Gefolge des weltweiten Aufschwungs trotz der Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner merklich beschleunigte. Auch der private Konsum zog etwas an, nahezu unverändert blieben hingegen die Investitionen.

Im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres wird sich die Dynamik mit bedingt durch den kräftigen Preis-

schub bei Öl und sonstigen Rohstoffen allmählich abschwächen. Er ist im Wesentlichen das Ergebnis des weltweiten Konjunkturaufschwungs, in geringerem Ausmaß ist er auf exogene Einflüsse (z. B. politische Unsicherheiten in wichtigen Ölexportländern) zurückzuführen. Der Höhenflug der Öl- und Rohstoffnotierungen kann zwar den Konjunkturaufschwung abschwächen, doch kann er ihn nicht umkehren. Allerdings erhöhen sich die Verbraucherpreise etwas stärker als noch vor kurzem erwartet. Die stimulierenden Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik lassen nach. Am stärksten expandieren werden weiterhin die Volkswirtschaften Ostasiens (vgl. Tab. 1), gefolgt von den USA, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika, während die Erholung in Westeuropa erst spät eingesetzt hat und erst langsam an Dynamik gewinnt. Das Volumen des Welthandels dürfte im Jahr 2004 um 9,75 % und 2005 um 8 % expandieren. Für den Rohölpreis wurde ein Barrel-Preis von ca. 34 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2004 unterstellt, im kommenden Jahr dürfte er

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2004. Vgl. G. FLAIG, W. NIERHAUS, O.-E. KUNTZE et. al., „ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt“, in: ifo Schnelldienst, 12/2004, S. 10–36.

² Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	2002	2003	2004 ^s	2005 ^s
Industrieländer				
USA	2,2	3,1	4,7	3,4
Japan	–0,3	2,5	4,5	2,6
Euroraum	0,9	0,4	1,8	2,2
Schwellenländer				
EU-Beitrittsländer	2,2	3,1	4,3	4,2
Ostasien ^a	6,1	6,4	8,1	7,6
Lateinamerika ^b	–1,2	1,8	3,8	3,7

s) Schätzungen des ifo Instituts. – a) Gewichteter Durchschnitt aus: China, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen. – b) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2002 in US-Dollar.

Quellen: Berechnungen des ifo Institutes auf der Grundlage von Ursprungsdaten nationaler Institutionen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; 2004 und 2005 Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

nur wenig niedriger liegen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte sich im Prognosezeitraum in einer Spanne zwischen 1,15 und 1,25 bewegen.

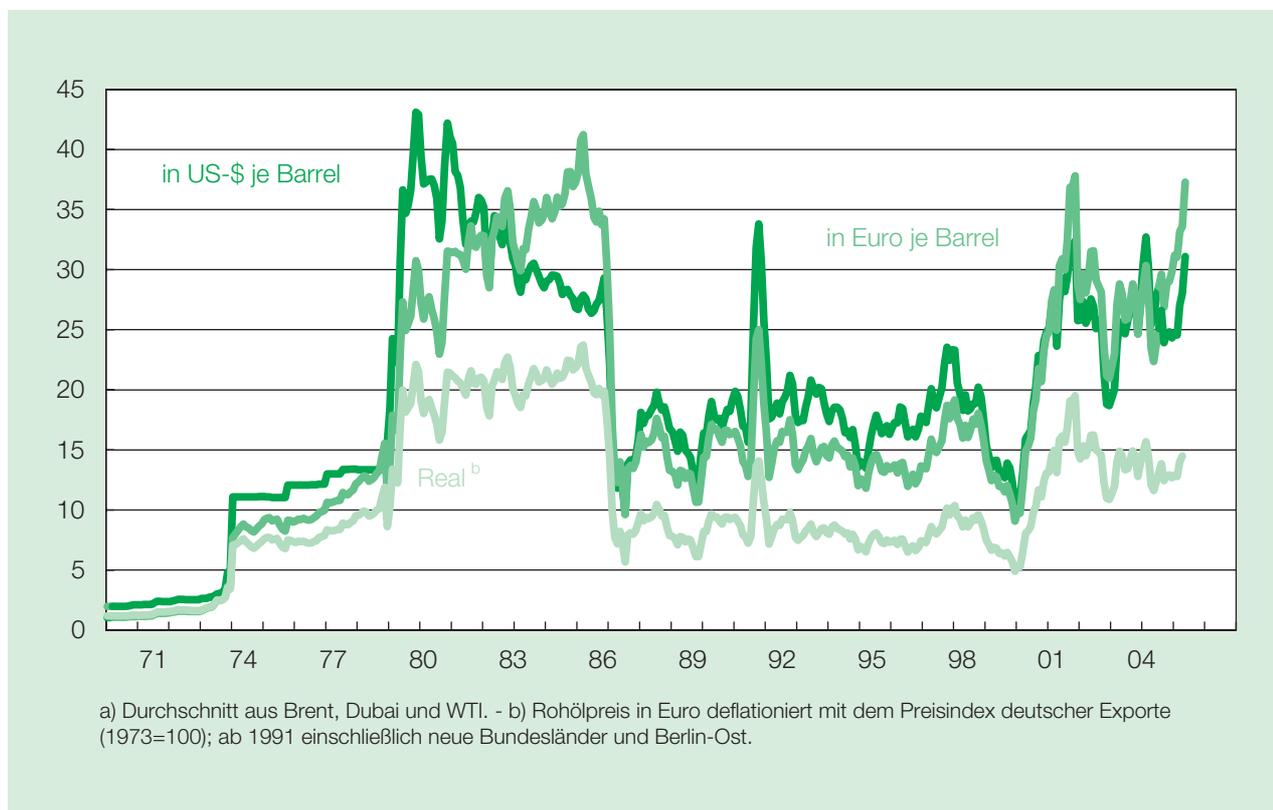
Ausblick Deutschland

Die deutsche Konjunktur zeigt sich zur Jahresmitte 2004 immer noch nicht durchgreifend gefestigt. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wieder aufwärts gerichtet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich dabei aber weiterhin. Hoffnungen auf ein rasches Mehr an konjunktureller Dynamik werden zur Zeit durch den Höhenflug der Rohstoffpreise, und hier insbesondere der Rohölpreise gedämpft: Zwar hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar den Ölpreisanstieg in heimischer Währung bisher abzuschwächen vermocht (vgl. Abb. 1), gleichwohl muss derzeit ein größerer Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion als noch im letzten Jahr für die Ölrechnung aufgewendet werden, was für sich genommen die Binnennachfrage dämpft. Solange allerdings davon ausgegangen werden kann, dass die weltweite Konjunktur trotz des Ölpreisanstiegs anzieht, bleibt netto ein positiver Effekt des weltwirtschaftlichen Aufschwungs

für die deutsche Volkswirtschaft erhalten. Das gilt umso mehr, als die Ölabhängigkeit der deutschen Wirtschaft heute deutlich geringer als die vieler anderer Länder und jedenfalls auch deutlich geringer als bei den beiden historischen Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 bzw. 1979/80 ist, die schwere Rezessionen mit entsprechend großen Beschäftigungsverlusten ausgelöst hatten. Auch fällt der gegenwärtige Anstieg der Ölpreise in realer Rechnung weit schwächer aus als damals. Zuletzt sind die Ölpreise nach dem Beschluss der OPEC, die Fördermengen auszuweiten, bereits wieder merklich gesunken.

Produktion und Auftragseingang sind denn auch von der Grundtendenz weiter aufwärts gerichtet. Insbesondere der Bestelleingang aus dem Ausland läuft recht gut. So meldete der VDMA im April 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat immerhin 19 % mehr Auslandsaufträge im deutschen Maschinen- und Anlagenbau. Auch die Industrieproduktion konnte ein merkliches Plus verbuchen; sie zog im April saisonbereinigt gegenüber März mit 2,2 % deutlich an. Im etwas weniger volatilen Zweimonatsvergleich (März und April gegenüber Januar und Februar) nahm die Produktion um 0,6 % zu, wobei die Produktion von Investitionsgütern mit 2,3 % am stärksten stieg, während sich die Fertigung

Abbildung 1: Nominaler und realer Rohölpreis^a (in US-Dollar bzw. Euro je Barrel)



Quellen: HWWA, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

von Vorleistungs- und Konsumgütern um 0,5 % bzw. 0,3 % leicht abschwächte. Im Bauhauptgewerbe fiel dagegen die Produktion im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt um -9,1 % zurück. Leicht verbessern konnten sich zuletzt die Umsätze im Einzelhandel; diese stiegen preis- und saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich um 0,6 %.

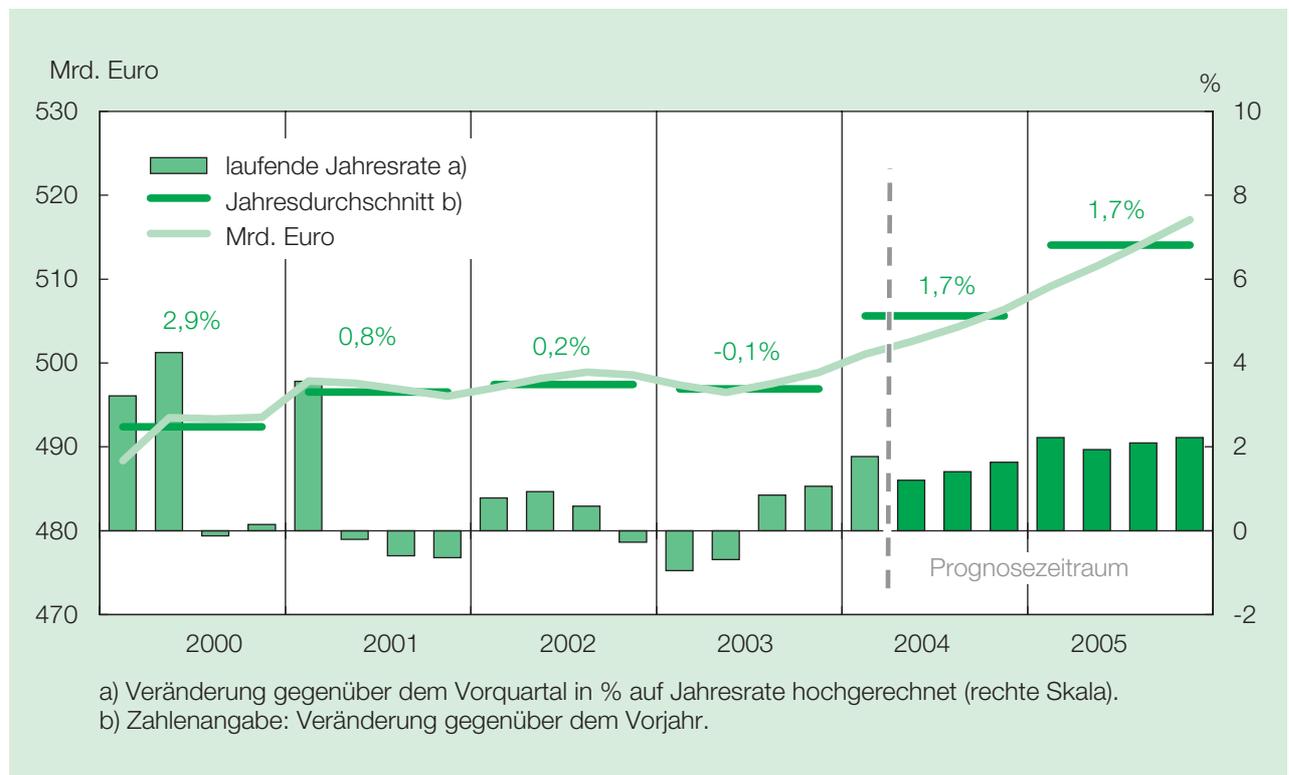
Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nach Schätzungen des ifo Instituts um 1,6 % gestiegen; das konjunkturelle Wachstumstempo im II. Quartal dürfte wohl aufgrund der höheren Ölpreise etwas geringer als im I. Quartal gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1,7 % betragen (vgl. Abb. 2). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich hohe Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.³ Die konjunkturelle Grundtendenz wird deshalb zuverlässiger von der Veränderung der kalenderbereinigten Produktion wiedergegeben, die mit nur 1,2 % zu veranschlagen ist. Im nächsten Jahr dürfte die kalenderbereinigte Produktion sogar etwas stärker, nämlich um 1,9 % steigen. Da aber dann die Zahl der Kalendertage wieder geringer ist, wird sich dem Ursprungswert nach das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % erhöhen (vgl. Tab. 2).

Für die Prognose ist angenommen worden, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) weiter expansiv ist. Die Leitzinsen dürften bis Ende 2005 auf dem gegenwärtigen Niveau belassen werden. Ferner setzt die Lohnpolitik in Deutschland den insgesamt moderaten Kurs fort; die Tariflöhne erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis in diesem Jahr um 2 % und im kommenden Jahr um 2,25 %. Schließlich bleibt die Finanzpolitik der Bundesregierung restriktiv ausgerichtet.

Die Exporte dürften im Prognosezeitraum aufgrund des günstigen internationalen Umfelds die wichtigste Stütze der Konjunktur bleiben. Die Binnennachfrage wird dagegen erst allmählich kräftiger. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt dabei außerordentlich prekär. Zu einem –

³ Das Jahr 2004 weist eine besondere Kalenderkonstellation auf. So fallen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kommt der Schalltag. Dies hat zur Folge, dass 1,5 % mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen als 2003. Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der größeren Zahl von Arbeitstagen ein positiver Impuls auf das reale Bruttoinlandsprodukt – über ein volles Jahr gerechnet – von 0,5 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der kalendarische Einfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).

Abbildung 2: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2003 ¹	2004 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a				
Private Konsumausgaben	-1,0	-0,1	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	0,9	-0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-6,7	-2,0	1,8	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,6	-0,4	3,4	3,7
Bauten	-5,8	-0,3	0,5	-0,1
Inländische Verwendung	-1,6	0,4	1,1	1,8
Exporte	3,4	1,8	7,9	5,1
Importe	-1,7	3,4	7,0	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,2	-0,1	1,7	1,7
Erwerbstätige ^b (in 1.000 Personen)	38.671	38.246	38.101	38.159
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.061	4.377	4.368	4.382
Arbeitslosenquote ^c (in %)	9,5	10,3	10,3	10,3
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,1	1,6	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
in Mrd. Euro	-74,3	-82,1	-79,4	-75,2
in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,5	-3,9	-3,6	-3,4
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^f	-63,3	-63,9	-65,4	-67,0
Zinslasten des Staates (in Mrd. Euro) ^g	65,2	66,2	68,4	71,8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,4	1,8	2,2
Verbraucherpreisindex im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,1	2,1	1,9
1) Prognose des ifo Instituts. – a) In Preisen von 1995. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (VPI). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – g) Geleistete Vermögenseinkommen. – h) HVPI-EWU (1996=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

wenn auch nur schwachen – Beschäftigungsaufbau kommt es erst im nächsten Jahr; die Zahl der Arbeitslosen wird weiter hoch sein. Die Inflationsrate dürfte trotz des jüngsten Ölpreisschubs im Durchschnitt des Prognosezeitraums unter der 2-Prozentmarke liegen.

Die vorgelegte Prognose wird nach unten hin zu revidieren sein, wenn es zu massiven Terrorattacken bis hin zu einer Beeinträchtigung der bisher weitgehend reibungslosen Ölversorgung kommt. Selbst vorübergehende Ausfälle (etwa durch Anschläge auf Pipelines oder Verladestationen) könnten rasch erhebliche Ölpreissteigerungen nach sich ziehen, was die hier prognostizierte konjunkturelle Belebung dämpfen würde.

Die Prognose im Detail: Exporte im Aufwind der Weltkonjunktur

Die Ausfuhr expandierte zu Beginn dieses Jahres außerordentlich stark. Saison- und kalenderbereinigt nahmen die realen Exporte gegenüber dem Vorquartal um 4,6 % zu, annualisiert sind das fast 20 %. Ausschlaggebend dafür war das verbesserte außenwirtschaftliche Umfeld im Zuge der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und in Südostasien. Auch der Handel mit Ländern der europäischen Union belebte sich seit Mitte des letzten Jahres merklich. Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verharren seit Jahresbeginn auf hohem Niveau und zeigen keine Abschwächung der Exportkonjunktur für die kommenden Monate an. Im Prognosezeitraum wird die deutsche Ausfuhr an der Ausweitung des Welthandels weiterhin merklich partizipieren, wobei sie auch von der besseren Konjunktur im Euroraum profitiert. Die vergleichsweise geringen Preissteigerungen in Deutschland werden zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure leicht verbessern. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte 2004 voraussichtlich um 7,9 % und 2005 um etwa 5,1 % zunehmen.

Die Importpreise ziehen im Zuge der weltweiten konjunkturellen Belebung und bei im langfristigen Vergleich relativ hohen Rohstoffnotierungen im Prognosezeitraum merklich an. Auch die deutschen Exporteure werden allmählich wieder Preiserhöhungsspielräume nutzen, um ihre durch die vorangegangene Wechselkursentwicklung gedrückten Gewinnmargen zu verbessern. Für das laufende Jahr wird aufgrund von noch dämpfenden Wechselkurseffekten im I. Quartal und einem beträchtlichen statistischen Unterhang bei den Importpreisen mit einer leichten Verbesserung der Terms of Trade gerechnet, während 2005 keine Verbesserung mehr eintreten wird.

Moderates Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Der Trend bei den Investitionen in Ausrüstungsgüter hat sich im Verlaufe des letzten Jahres stabilisiert. In diesem und im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen wieder zunehmen. Darauf deutet die Zunahme der Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Positiv wirken sich dabei die im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung besser werdenden Absatz- und Ertragserwartungen aus. Die Finanzierungsbedingungen dürften weiterhin günstig bleiben. Die Kreditzinsen sind im langfristigen Vergleich relativ niedrig und mit der Festigung der Aktienkurse hat sich auch die Mittelbeschaffung über den Kapitalmarkt verbessert. Andererseits gehen dämpfende Einflüsse von der vor allem bei mittelständischen Betrieben häufig zu geringen Eigenkapitalquote aus, die die Kreditaufnahme erschwert. Auch ist die Kapazitätsauslastung gegenwärtig noch niedrig und das für dieses und das nächste Jahr erwartete moderate Wirtschaftswachstum dürfte die Auslastung nur maßvoll erhöhen. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass die Investitionstätigkeit im Verlaufe des Prognosezeitraums weiter an Schwung gewinnen wird. In diesem und im nächsten Jahr werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen real um jeweils rund 3,5 % wachsen.

Vorübergehende Stabilisierung der Bauinvestitionen

Die Talfahrt der Bauinvestitionen kam im Verlauf des vergangenen Jahres zum Stillstand. Ausschlaggebend waren vorgezogene Bauaktivitäten privater Haushalte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage, einzelne Großprojekte im gewerblichen Bau und noch von der Flutkatastrophe 2002 ausgelöste Aufbauarbeiten im Infrastrukturbereich.

Der Wohnungsbau dürfte auch im Prognosezeitraum von vorgezogenen Investitionen profitieren. In den Vorjahren hatten private Haushalte vorsorglich Baugenehmigungen beantragt, um den Anspruch auf Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Nunmehr werden diese Bauvorhaben verstärkt realisiert. Dämpfende Wirkungen auf die Wohnungsbautätigkeit gehen aber nach wie vor von der nur geringen Zunahme der real verfügbaren Einkommen aus. Im Mietwohnungsbau setzt sich der Rückgang fort, da das Überangebot an Wohnraum in regionalen Teilmärkten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin groß ist. Im Verlauf des nächsten Jahres schwächen sich die Sondereffekte ab. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr um real 2 % zunehmen, im nächsten Jahr noch um 1 % (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Bruttoinvestitionen in Preisen von 1995 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	2003	2004	2005
Wohnungsbau	-2,7	2,0	1,0
Nichtwohnungsbau	-4,3	-1,5	-1,8
Gewerblicher Bau	-2,9	-1,2	-2,2
Öffentlicher Bau	-7,6	-2,3	-1,0
Bauten	-3,4	0,5	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,4	3,4	3,7
Ausrüstungen	-0,8	3,3	3,4
Sonstige Anlagen	1,8	3,6	5,7
Bruttoanlageinvestitionen	-2,0	1,8	1,7
Bruttoinvestitionen	1,1	5,6	3,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2004 und 2005: Schätzungen des ifo Instituts.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden trotz der konjunkturellen Erholung noch weiter sinken. Hierauf weisen die rückläufigen Baugenehmigungen hin. Maßgeblich dafür sind die vielerorts immer noch beträchtlichen Leerstände. Für dieses Jahr ist im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang um real gut 1 % zu rechnen, für das nächste Jahr mit 2 % Rückgang.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum erneut zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als in den Jahren zuvor. Die Kommunen, Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden sich wegen der ab 2004 gesenkten Gewerbesteuerumlage finanziell zwar etwas besser stehen, jedoch bleibt ihre Haushaltslage angespannt. Für den gesamten öffentlichen Bau ist für dieses Jahr mit einem Rückgang real um reichlich 2 % zu rechnen, für das nächste Jahr mit etwa 1 % Rückgang. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr real um 0,5 % steigen, im nächsten Jahr werden sie das erreichte Niveau in etwa halten.

Privater Konsum belebt sich nur allmählich

Der private Konsum hat im Verlauf des ersten Halbjahrs 2004 nur wenig zugenommen. Im Durchschnitt dürfte das Vorjahresniveau gerade erreicht worden sein. Zwar trat zu Jahresanfang eine neue Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft (vgl. Tab. 4). Dämpfend wirkte aber die Gesundheitsreform, in deren Gefolge für private Haushalte die Preise von Gesundheitsdienstleistungen kräftig stiegen. Da der durchschnittliche Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bisher nur

wenig sank, kam es per saldo zu einer merklichen Einbuße an Kaufkraft. Zusätzlich bremsen höhere Arbeitnehmersozialbeiträge zur privaten Altersvorsorge (u. a. Verdoppelung des Eigenbeitragssatzes zu Altersvorsorgeplänen im Rahmen der Riesterreife). Außerdem schlug ab April die volle Übernahme der Beiträge zur Pflegeversicherung durch die Rentner Kaufkraft mindernd zu Buche. Schließlich stieg die Sparquote leicht.

Im weiteren Jahresverlauf wird sich der private Konsum nur wenig beschleunigen. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen bleibt alles in allem schwach, die turnusmäßige Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte wird diesmal sogar ausgesetzt. Allein die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren im Gefolge der konjunkturellen Besserung nennenswert. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2004 nominal um 2,3 % zulegen, real aber nur um 0,5 %. Die Sparquote dürfte sich nur unwesentlich erhöhen. Die Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer sprechen zwar für einen Anstieg der Sparquote, da Einkommenszuwächse nicht in voller Höhe und sofort verausgabt werden. Allerdings dämpft das allmähliche Auslaufen des Beschäftigungsabbaus das Vorsorgesparen. Zudem müssen die privaten Haushalte im Zuge der Gesundheitsreform höhere monetäre Eigenleistungen für die Gesundheitspflege erbringen. Der reale private Konsum wird damit voraussichtlich um 0,5 % steigen.

Im kommenden Jahr werden die Bruttoarbeitseinkommen bei steigender Beschäftigung wieder stärker expandieren. Die Nettobezüge dürften allerdings verlangsamt zunehmen. Zwar wird nochmals die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt, auch dürfte der durchschnittliche

Beitragsatz zur GKV nochmals leicht reduziert werden. Allerdings sind von den privaten Haushalten Beiträge für die private Absicherung von Zahnersatzleistungen⁴ aufzubringen. Ebenfalls nur mäßig werden sich die Sozialleistungen erhöhen. Die Altersrenten werden, nicht zuletzt aufgrund des neu eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel, nur gering angehoben; außerdem werden die Lohnersatzleistungen nicht mehr weiter steigen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 3 % steigen, real um 1,5 %. Bei unverändert hoher Sparquote wird der reale private Konsum ebenfalls um 1,5 % expandieren.

Vorübergehend höhere Inflationsrate

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des Jahres 2004 beschleunigt. Am Jahresanfang wurden im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren

⁴ Ab dem Jahr 2005 wird im Zuge der Gesundheitsreform der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der GKV ausgegliedert. Hier wird angenommen, dass die hieraus resultierenden Risiken überwiegend über eine zusätzliche Versicherung innerhalb der GKV abgedeckt werden. Die entsprechenden Versicherungsprämien werden in der VGR als Sozialabgaben gebucht. Werden hingegen Verträge mit privaten Krankenkassen geschlossen, so würde dies den Verbraucherpreisindex erhöhen.

Tabelle 4: Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 ^a	1999 ^a	2000 ^a	2001 ^a	2002	2003	2004	2005
Grundfreibetrag (in Euro)	6.322	6.681	6.902	7.206	7.235	7.235	7.664	7.664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61.377	61.377	58.643	54.999	55.008	55.008	52.152	52.152
Steuerersparnis ^b gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen								
von 15.000 Euro	–	111	283	525	534	534	814	845
von 25.000 Euro	–	72	283	703	707	707	1.100	1.193
von 50.000 Euro	–	22	29	745	751	751	1.524	2.095
nachrichtlich:								
Sparerfreibetrag (in Euro)	3.068	3.068	1.534	1.534	1.550	1.550	1.370	1.370
Kinderfreibetrag ^c (in Euro)	3.534	3.534	3.534	3.534	3.648	3.648	3.648	3.648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ^c (in Euro)	–	–	1.546	1.546	–	–	–	–
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ^c (in Euro)	–	–	–	–	2.160	2.160	2.160	2.160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro)	112	128	138	138	154	154	154	154
a) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet. – b) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. – c) Unter Anrechnung des Kindergeldes.								

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die bisherigen Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Im März wurde überdies die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. Im April führte die Neuregelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel durch die GKV nochmals zu einer starken Verteuerung von Medikamenten, auch wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen angehoben. Zuletzt erhöhten sich auch die Preise für Mineralölzeugnisse sehr kräftig. Im Mai erreichte die Jahresteuersatzrate zum ersten Mal seit März 2002 wieder die 2-Prozentmarke, die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u. a. der Einfluss der Preise für Energie und Gesundheitsleistungen⁵ herausgerechnet ist, betrug im Mai dagegen nur 0,9 %.

Das Preisklima wird im Prognosezeitraum zunächst angespannt bleiben. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise dürften im Herbst steigen; knapp die Hälfte des deutschen Wohnungsbestands ist inzwischen mit Gasheizungen ausgerüstet. Auch die Umlagen für die Fernwärme dürften sich erhöhen. Zu berücksichtigen sind außerdem die indirekten Preiseffekte, die sich daraus ergeben, dass teureres Öl als Input in die heimische Produktion eingeht. Prognoserelevant ist weiterhin, dass im Dezember dieses Jahres und im September 2005 die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Im öffentlichen Nahverkehr drohen zudem kräftige Tarifierhebungen, weil auch in diesem Bereich staatliche Zuschüsse gekürzt werden. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2004 auf 1,6 % belaufen; im nächsten Jahr, wenn der gegenwärtige Ölpreisschub in der statistischen Basis enthalten ist, fällt sie auf 1,4 % zurück.

Arbeitsmarkt bleibt desolat

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der ersten Jahreshälfte 2004 weiter verschlechtert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, der sich in der zweiten Jahreshälfte 2003 insbesondere durch die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung deutlich abgeschwächt hatte, beschleunigte sich wieder. Noch stärker sank die Beschäftigtenzahl, vor allem in der Bauwirtschaft und in der Industrie. Dagegen nahm die Zahl der Selbständigen weiter zu, nicht zuletzt durch die vom Staat geförderte Gründung von Ich-AGs.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich

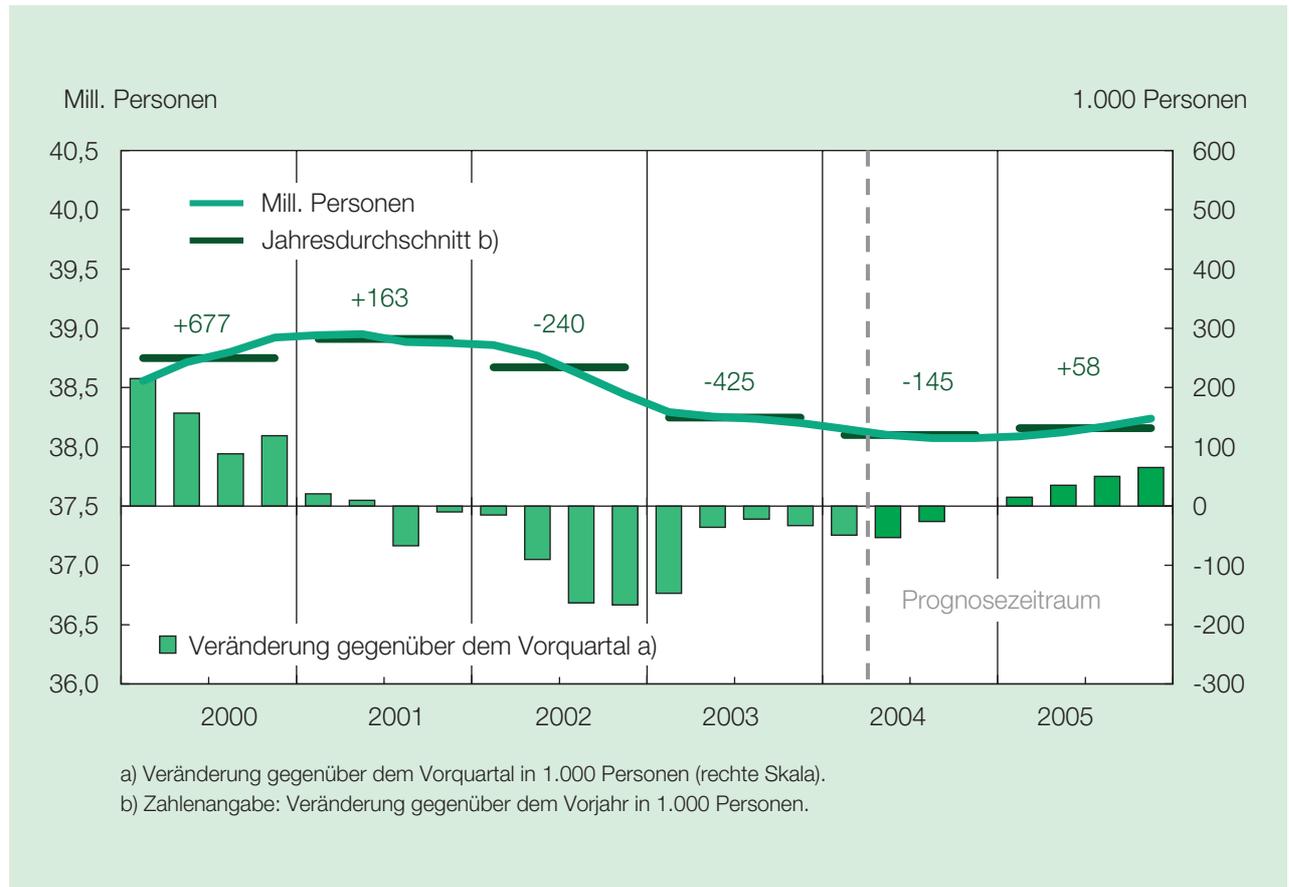
eine leichte Besserung ab. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird die Erwerbstätigenzahl um 145.000 zurückgehen, im kommenden Jahr ist im Zuge der konjunkturellen Besserung mit einem leichten Anstieg um knapp 60.000 zu rechnen (vgl. Abb. 3). Das Arbeitsvolumen, das saison- und kalenderbereinigt zuletzt überraschend gestiegen war, dürfte in diesem Jahr von der Grundtendenz noch sinken. Im nächsten Jahr wird es, parallel zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit, wieder leicht zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die seit dem vergangenen Frühjahr tendenziell gesunken war, ist ab Februar dieses Jahres wieder gestiegen, und zwar um 100.000. Der vergleichbare Stand des Vorjahres wurde zuletzt allerdings noch um 50.000 unterschritten. Maßgeblich hierfür waren verschiedene Maßnahmen der Statistikbereinigung. Im vergangenen Jahr führten einmal die Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass zahlreiche Arbeitslose – insbesondere diejenigen, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder mangelnder Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden bzw. infolge der verschärften Anforderungen vorerst auf eine weitere Registrierung verzichteten. Außerdem wurde Anfang dieses Jahres die Arbeitslosenzahl durch die Ausgliederung von Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen statistisch gesenkt. Die Zahl der Arbeitslosen, die in Folge dieser Maßnahmen aus der Statistik heraus fielen, betrug rund 150.000 bzw. rund 80.000 Personen. Ohne diese Änderungen in der statistischen Abgrenzung läge die Arbeitslosenzahl um 230.000 derzeit deutlich höher.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum zunächst weiter steigen, der Höchststand dürfte sich im Februar 2005 dem Ursprungswert nach auf knapp 4,8 Mill. belaufen. Ohne die erwähnten Maßnahmen zur Statistikbereinigung würde damit in Deutschland erstmals die 5-Millionenmarke überschritten. Danach dürfte die Arbeitslosenzahl leicht sinken; im Jahresverlauf beläuft sich der Rückgang auf knapp 100.000. In der Jahresdurchschnittsbetrachtung ergibt sich allerdings aufgrund der besonders hohen Arbeitslosigkeit zu Jahresanfang ein im Vergleich zu 2004 unveränderter Wert (knapp 4,4 Mill.). Die Arbeitslosenquote wird in beiden Jahren durchschnittlich 10,3 % betragen.

⁵ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe grundsätzlich aus.

Abbildung 3: Erwerbstätige (Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Zur EU-Osterweiterung

Am 1. Mai wurde die Europäische Union auf 25 Länder erweitert. Neben den acht mittel- und osteuropäischen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien traten auch die beiden Mittelmeerländer Malta und Zypern bei. Dies war ein bedeutender Schritt, der die politische und wirtschaftliche Integration Europas weiter vorantreiben wird. Der Beitritt für sich genommen hat aber für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Prognosezeitraum eine geringe Bedeutung. Die Liberalisierung des Güterhandels war bereits vor dem Beitritt mit Ausnahme von Agrargütern weitestgehend abgeschlossen. Schon in den neunziger Jahren hat sich die Außenhandelsverflechtung stark intensiviert. Ein strukturelles Problem für die deutsche Wirtschaft ist vor allem die Lohnkonkurrenz durch die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Das dortige Lohnniveau wird noch lange Zeit weit unter dem deutschen liegen, während der Abstand der Produktivität zwischen Deutschland und den exportorientierten Unternehmen in den östlichen Nachbarländern wesentlich geringer ist. Dies erfordert hier einen Struktur-

wandel, der aber nur gelingen kann, wenn Lohnniveau und -struktur hinreichend flexibel sind. Aufgrund institutioneller Regelungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist dies aber heute noch nicht in ausreichendem Maße der Fall. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich dies in der äußerst schwachen Verfassung des Arbeitsmarktes und der geringen Trendwachstumsrate der deutschen Wertschöpfung. Daher werden Arbeitsplatzverluste (z. B. durch Outsourcing) wegen der Konkurrenz aus Osteuropa nicht durch neue Arbeitsplätze kompensiert.

In den vergangenen Jahren hatten die Beitrittsländer ein Leistungsbilanzdefizit, das mit den Nettokapitalimporten korrespondierte. Durch den EU-Beitritt verbessern sich trotz der bereits weitgehend existierenden Liberalisierungen auf dem Kapitalmarkt tendenziell die Rahmenbedingungen für den Zufluss an Kapital. Insbesondere ist zu erwarten, dass die Risikoprämien für die Finanzierung von Investitionen deutlich sinken, wenn der Fahrplan für die Einführung des Euro in diesen Ländern feststeht. Die Inanspruchnahme von Mitteln aus den Strukturfonds der EU wird ebenfalls zu einem Anstieg der Direktinvestitionen in Osteuropa führen.